



LUDWIG-
MAXIMILIANS-
UNIVERSITÄT
MÜNCHEN

HISTORISCHES SEMINAR
LEHRSTUHL FÜR NEUESTE GESCHICHTE
UND ZEITGESCHICHTE



Die Münchner Stadtverwaltung im Nationalsozialismus

– Dritter Zweijahresbericht –

Forschungsprojekt des Historischen Seminars der LMU München
Abteilung Neueste Geschichte und Zeitgeschichte
im Auftrag der Landeshauptstadt München
in Kooperation mit dem Stadtarchiv München

Februar 2017

Inhaltsübersicht

1. Forschungsverträge
2. Abschluss der Studien des zweiten Themenbereichs
 - 2.1 Kommunale Finanz- und Investitionspolitik
 - 2.2 Kommunale Infrastruktur- und Versorgungseinrichtungen
 - 2.3 München im Nationalsozialismus. Imagepolitik der „Hauptstadt der Bewegung“
3. Ergebnisse und vorläufige Befunde des dritten Themenbereichs
 - 3.1 Die Stadtspitze/Ratsherren: Lebensläufe, Netzwerke, Wirkungskreise
 - 3.2 Die Stadt als Arbeitsplatz. Kommunale Personalpolitik in der „Hauptstadt der Bewegung“
4. Präsentation und wissenschaftliche Vernetzung

Die Vollversammlung des Stadtrats hat am 18. März 2009 die wissenschaftliche Aufarbeitung der Rolle der Stadtverwaltung und der städtischen Eigenbetriebe im „Dritten Reich“ beschlossen. Ausgehend von einem Basiskonzept des Stadtarchivs, wurde hierzu ein Forschungsprojekt initiiert und mit dessen Durchführung der Lehrstuhl für Neueste Geschichte und Zeitgeschichte an der Ludwig-Maximilians-Universität (Prof. Dr. Hans Günter Hockerts, nach dessen Emeritierung seit März 2010 Prof. Dr. Margit Szöllösi-Janze) beauftragt. Halbjährlich unterrichtet das Forschungsprojekt seitdem das Stadtarchiv schriftlich über den Stand der Arbeiten. Alle zwei Jahre werden darüber hinaus die Zwischenergebnisse dem Stadtrat vorgestellt. Hiermit liegt der dritte Zweijahresbericht vor.

1. Forschungsverträge

Das Forschungsprojekt, das unter der wissenschaftlichen Leitung von Prof. Dr. Margit Szöllösi-Janze, Prof. Dr. Hans Günter Hockerts, Prof. Dr. Christiane Kuller und PD Dr. Winfried Süß steht, baut auf elf zu Beginn seiner Laufzeit identifizierten Themenbereichen auf. Mit den 2013 und 2014 erschienenen Dissertationen von Annemone Christians¹ und Florian Wimmer², publiziert in der eigens beim Wallstein-Verlag, Göttingen gegründeten Reihe „München im Nationalsozialismus. Kommunalverwaltung und Stadtgesellschaft“, wurde der erste Bereich „Städtische Sozialverwaltung und kommunale Gesundheitspolitik“ untersucht. Die Erarbeitung beider Studien erfolgte auf Basis zweier Forschungsverträge, die zwischen der Landeshauptstadt München und dem Historischen Seminar im Juli bzw. September 2009 geschlossen wurden.

Wiederum auf Grundlage zweier Forschungsverträge und in Form von Dissertationen begann eine zweite Forschungsphase 2012/13 mit den Studien von Paul-Moritz Rabe zur „Städtischen Finanz- und Investitionspolitik“ und von Mathias Irlinger zu „Kommunalen Infrastruktur- und Versorgungseinrichtungen“.

¹ Annemone Christians: Amtsgewalt und Volksgesundheit. Das öffentliche Gesundheitswesen im nationalsozialistischen München, Göttingen 2013 (<http://www.wallstein-verlag.de/9783835312586-annemone-christians-amtsgewalt-und-volksgesundheit.html>).

² Florian Wimmer: Die völkische Ordnung von Armut. Kommunale Sozialpolitik im nationalsozialistischen München, Göttingen 2014 (<http://www.wallstein-verlag.de/9783835314023-florian-wimmer-die-voelkische-ordnung-von-armut.html>).

Seit Januar 2016 läuft die dritte Forschungsphase, die sich eingehend mit dem städtischen Personal als personeller Grundlage des NS-Regimes beschäftigt. Mit Forschungsverträgen für die Zeit vom 1. Januar 2016 bis 31. Dezember 2018 untersuchen Astrid Bösl die „Stadtspitze und Ratsherren“ und Jan Neubauer die „Städtische Personalpolitik“. Beide Studien sind wiederum als Dissertationen angelegt.

2. Abschluss der Studien der zweiten Forschungsphase

2.1 Kommunale Finanz- und Investitionspolitik

Paul-Moritz Rabe hat seine Forschungen zur kommunalen Finanz- und Investitionspolitik im Frühjahr 2016 abgeschlossen und als Dissertation unter dem Titel „Die Stadt und das Geld. Haushalt und Herrschaft im nationalsozialistischen München“ bei der Fakultät für Geschichts- und Kunstwissenschaften der LMU München eingereicht. Die Dissertation wurde mit *summa cum laude* bewertet. Auch die Disputation im Juli 2016 erzielte die Höchstnote.

Die Geschichte der kommunalen Haushalte während der NS-Zeit war bisher *Terra incognita*. Rabes Studie erschließt somit ein neues Forschungsfeld und zeichnet sich durch ihren innovativen methodischen Zugang aus. Ausgehend von der Annahme, dass sich in öffentlichen Haushalten der Kern der NS-Diktatur spiegelt, entschlüsselt Rabe die Zahlenkolonnen der städtischen Haushaltspläne und erzählt die Geschichten, die sich hinter ihnen verbergen. So legt er etwa dar, wie viele Haushaltsmittel die Lokalverwaltung ausgab, um dem Anspruch als „Hauptstadt der Bewegung“ nachzukommen; er erklärt, wie die Stadt den Krieg mitfinanzierte, legt die versteckten Zuwendungen an die nationalsozialistische Klientel offen und entdeckt in der diskriminierenden Behandlung jüdischer Steuerschuldner³ sowie der Führung eines sogenannten „Judenkontos“ bislang weitgehend unbekannt Felder der Verfolgungsgeschichte. Hinter den „schwarzen Zahlen“ der ausgeglichenen Haushalte dieser Zeit präsentierte sich der Etatentwurf demnach als ein „braun eingefärbtes“ Abbild einer sich nach nationalsozialistischen Vorstellungen wandelnden Stadtgesellschaft und zugleich als ein zentrales politisches Instrument, um diesen Wandel voranzutreiben.

³ Im gesamten Bericht bezeichnet das generische Maskulinum aus Gründen besserer Lesbarkeit Männer und Frauen gleichermaßen. Für den Fall *gender*-spezifischer Differenzierung wird dies explizit kenntlich gemacht.

Unlängst wurde die Dissertation mit dem Friedrich-Lütge-Preis 2017 der Gesellschaft für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte ausgezeichnet. Die Auswahl traf eine renommierte Fachjury. Die Studie erscheint im Herbst 2017 in der Schriftenreihe des Projekts. Im Dezember 2017 soll das Buch im Rahmen einer öffentlichen Präsentation (wahrscheinlich im Neuen Rathaus) vorgestellt werden.

2.2 Kommunale Infrastruktur- und Versorgungseinrichtungen

Kein Gas, kein Strom, kein Wasser, keine Tram – diese Aussagen finden sich in verschiedenen Variationen in zahlreichen Münchner Tagebucheinträgen im Juli 1944 wieder. In diesem Monat trafen mehrere schwere Luftangriffe die „Hauptstadt der Bewegung“. Dass die Zeitzeugen den Ausfall des Nahverkehrs und der Versorgung festhielten, unterstreicht die Bedeutung der städtischen Dienstleistungen im Alltag der Menschen.

Mathias Irlinger hat die Untersuchung der kommunalen Infrastruktur- und Versorgungseinrichtungen am 1. Februar 2013 begonnen und schließt sie voraussichtlich bis April 2017 ab. Die Arbeit wurde durch eine sechsmonatige Elternzeit von 8. Februar bis 7. August 2016 unterbrochen. Das Grundkonzept sowie erste Ergebnisse hielt der Bearbeiter bereits im letzten Zweijahresbericht von Februar 2015 fest, der dem Stadtrat vorliegt.⁴ Seither hat Irlinger seine Herangehensweise aufgrund neuer Archiverkenntnisse modifiziert und darüber in den regelmäßigen Besprechungen mit der Projektleitung und den halbjährlichen Zwischenberichten Auskunft erteilt. Wesentliche Resultate sollen hier noch einmal hervorgehoben werden.

Die Infrastruktur- und Versorgungseinrichtungen dienen als Sonde, um den Beitrag der Münchner Stadtverwaltung zur Stabilisierung der nationalsozialistischen Herrschaft zu analysieren. Die Gesamtheit der technischen Systeme begreift Irlinger als Interaktionsmedium zwischen Stadtführung und Bevölkerung, was es ermöglicht, die Stadtgesellschaft im „Dritten Reich“ mit sozial- und kulturgeschichtlichen, teilweise auch geschlechterspezifischen Fragestellungen in den Blick zu nehmen. Denn die Infrastrukturpolitik verlief nicht nur in eine Richtung. Vielmehr lagen ihr vielschichtige Aushandlungsprozesse und Wechselwirkungen zwischen lokalen NS-Eliten, Verwaltungsbeamten und Bevölkerung zugrunde.

⁴ Die Münchner Stadtverwaltung im Nationalsozialismus. Zweijahresbericht. Februar 2015 <<https://www.ris-muenchen.de/RII/RII/DOK/SITZUNGSVORLAGE/3665211.pdf>>.

Die Versorgung mit Energie und Trinkwasser, die Entsorgung von Müll und Abwässern sowie die Bereitstellung von Nahverkehrsmitteln und Badeanstalten waren keine Erfindung der Nationalsozialisten, sondern gehörten spätestens seit der Jahrhundertwende zu den Kernaufgaben der kommunalen Leistungsverwaltung. Anders als bisherige Forschungen zu Infrastrukturnetzen, die vorwiegend ihre Gründungsphasen im Blick hatten, rückt Irlinger den Betrieb der Einrichtungen unter den Handlungsbedingungen der NS-Diktatur in den Vordergrund.

Das Funktionieren der technischen Einrichtungen – so die Ausgangsthese der Arbeit – war grundlegend für die Bindekräfte des nationalsozialistischen Regimes. Über diese Wirkung war sich die Stadtführung bewusst. In Reden und Publikationen betonte Oberbürgermeister Fiehler die Bedeutung der Verkehrs- und Versorgungssysteme und suggerierte so ein Abhängigkeitsverhältnis der Bevölkerung von den „lebenswichtigen“ städtischen Einrichtungen. Die nationalsozialistische Stadtführung präsentierte die kommunalen Leistungen als Angebot an die Bevölkerung und inszenierte ihre „Tatkraft“ durch Infrastrukturmaßnahmen wie den Bau des Nordbads oder die Einführung eines „modernen“ Nahverkehrs mit Bussen. Darüber hinaus versuchte sie, mit gesellschaftspolitischen Zielsetzungen über Anreizsysteme wie Werbung oder Tarifgestaltung Einfluss auf die Lebensführung der Menschen zu nehmen. Den hochgradig ideologischen Gehalt der kommunalen Infrastrukturpolitik verdeutlicht insbesondere der Ausschluss von als „jüdisch“ verfolgten Münchnern sowie von ausländischen Zwangsarbeitern aus den öffentlichen Bädern und dem Nahverkehr. Hier agierte die „Hauptstadt der Bewegung“ gemeinsam mit anderen deutschen Kommunen als Vorreiter der Exklusion und trug zur reichsweiten Radikalisierung antijüdischer Maßnahmen bei.

Die Bevölkerung war nicht passiv. Sie ließ sich nicht einfach steuern, sondern zeigte eigensinniges Nutzungsverhalten, das die städtischen Anreize konterkarieren und die Zielsetzungen sogar ins Gegenteil verkehren konnte. So nutzten einige Juden die Einrichtungen trotz erheblicher Strafandrohungen. Zudem war die Kommune auf die Einnahmen der Betriebe angewiesen, um dezidiert nationalsozialistische Projekte zu finanzieren. Das wechselseitige Abhängigkeitsverhältnis bewirkte, dass Bürger die Infrastruktur- und Versorgungspolitik beeinflussen konnten. Verbesserungen oder Vergünstigungen forderten sie aktiv ein und übten bei Missständen beispielsweise über NS-Organisationen Druck auf die Stadtverwaltung aus. Die Erwartungshaltung

der Bevölkerung war insbesondere dann maßgebend, als die Selbstverständlichkeit der kommunalen Leistungen in Frage stand: im Krieg.

Die Tagebucheinträge vom Juli 1944 zeigen: Es war eine Besonderheit, dass die technischen Systeme nicht funktionierten. Denn bis zu den Zerstörungen durch die Luftangriffe versuchte die Stadtführung trotz Luftkrieg, Arbeitskräfte- und Ressourcenmangel, die Versorgung der Bevölkerung aufrechtzuhalten und nicht nur alltägliche Bedürfnisse zu bedienen, sondern auch Freizeitangebote zu gewährleisten. Auch nach den Luftangriffen unternahm Stadtverwaltung und Werksleitungen große Anstrengungen, um die Netze wieder instand zu setzen. Die Stadtführung tat dies aus politischem Kalkül. Mit ihren Maßnahmen stärkte sie die Bindekräfte des Regimes und stabilisierte die Herrschaft bis in die letzten Kriegsmonate. Zugleich beutete sie ausländische und jüdische Zwangsarbeiter aus und verwehrte ihnen die alltäglichen Leistungen, für deren Funktionieren sie unter menschenunwürdigen Bedingungen bei den städtischen Werken arbeiten mussten.

2.3 München im Nationalsozialismus. Imagepolitik der „Hauptstadt der Bewegung“

Ein gemeinsam mit dem Stadtarchiv abgehaltenes Forschungsseminar von Margit Szöllösi-Janze zu „München im Nationalsozialismus. Handlungsfelder städtischer Politik“ im Sommersemester 2011 befasste sich unter kulturgeschichtlicher Perspektive mit dem breiten Themenfeld städtischer Repräsentationen. Bekannte Ereignisse erhielten so eine neue Interpretation, unbekannte Quellenfunde im Archiv ergänzten die Münchner Stadtgeschichte im Nationalsozialismus um neue Einsichten. Die innovativen Beiträge gehen in einen Sammelband ein, der unter dem Titel „München im Nationalsozialismus. Imagepolitik der ‚Hauptstadt der Bewegung‘“ ebenfalls im Herbst 2017 in der Schriftenreihe des Projekts erscheinen und im Dezember öffentlich präsentiert werden wird.

Auch in kulturwissenschaftlicher Perspektive entdecken kommunalgeschichtliche Studien die Stadt als einen elementaren Herrschaftsraum der NS-Diktatur neu, ist es doch die lokale Ebene, auf der das Regime und die Bevölkerung in direkten Kontakt miteinander traten. Die Imagepolitik Münchens zielte auf die Steigerung ihres Ansehens als Symbolort des „Dritten Reichs“ und die Entfaltung der Bindekräfte des NS-

Regimes. In prägnanten Schlaglichtern lenkt der Band den Blick auf die ‚Angebotsseite‘ des Nationalsozialismus. Er zeigt, wie sich die Münchner Kommunalverwaltung durch eine vielfältige Imagepolitik neue Betätigungsfelder im NS-Herrschaftsgefüge erschloss, um die Stadtgesellschaft in eine nationalsozialistische „Volksgemeinschaft“ umzuformen. Gerade im kulturellen Alltagshandeln begegneten und verknüpften sich Machthaber, Funktionseliten und Bevölkerung, schufen neue Formen integrativer Partizipation und erlebter Realität. Dabei handelte es sich um komplexe Prozesse aktiver Einpassungen, eigen-sinniger Aneignungen und Erfahrungen, Um-Schreibungen und Deutungen.

Die Beiträge decken ein breites Spektrum der Münchner Imagepolitik ab. Sie analysieren etwa die städtische Ehrenpraxis am Beispiel der Verleihung von Ehrenbürgerschaften und des jährlichen Literaturpreises. Den Kampf um die politisch hoch relevante Besetzung des öffentlichen Raums thematisieren Aufsätze zum Marienplatz, zum Katholischen Gesellentag 1933 und zur feierlichen Bestattung der Luftkriegsopfer. Ein besonderes Augenmerk liegt auf der Filmpolitik der Stadt, die einen eigenen Kulturfilm in Auftrag gab und ihre Dienstleistungen im Krieg zu Werbezwecken verfilmen ließ. Sportliche Großveranstaltungen wie das Galopprennen um das „Braune Band“ und die Olympischen Winterspiele 1936 waren ebenso Teil städtischer Imagepolitik wie Planung und Bau des Flughafens in Riem. Und dass München 1941/42 durch gleich mehrere Veranstaltungen einen eigenen Beitrag zum Seekrieg leistete, ist bei näherer Hinsicht mehr als ein historisches Kuriosum.

3. Ergebnisse und vorläufige Befunde der dritten Forschungsphase

3.1 Die Stadtspitze/Ratsherren: Lebensläufe, Netzwerke, Wirkungskreise

Bisher gibt es keine systematische Untersuchung der städtischen Führungsspitze im nationalsozialistischen München. Hier setzt daher die Dissertation von Astrid Bösl an.

Im Mittelpunkt der Untersuchung steht ein spezifischer Personenkreis, der die Führungsspitze der Stadt und den Führungszirkel der Münchner Stadtverwaltung während der Zeit des Nationalsozialismus umfasst. Hierzu zählen der Oberbürgermeister Karl Fiehler und der Bürgermeister Karl Tempel als diejenigen, die der Verwaltung vorstanden, die Dezernenten, die als hauptamtliche Stadträte die einzelnen Fachde-

zernate leiteten (sukzessive reduziert von 17 auf zehn Dezernate im Jahr 1938) und außerdem die mit Einführung der neuen Deutschen Gemeindeordnung ab 1935 amtierenden 36 NSDAP-Ratsherren in ihrer Funktion als ehrenamtliche Stadträte. Hinzu kommen 15 ehrenamtliche Stadträte (später Ratsherren genannt) der NSDAP, die ihr Amt nur zwischen 1933 und 1935 und oft nur ein paar Monate lang ausübten, weshalb sie in der Untersuchung eine untergeordnete Rolle spielen. Die Studie konzentriert sich hier auf die Ratsherren ab 1935, die ihr Mandat bis 1945 innehatten. Sie hat somit insgesamt 77 Personen (inklusive von Nachfolgern auf den einzelnen Posten) im Blick.

Die Studie fokussiert vorrangig die Zeit zwischen 1933 und 1945, greift aber darüber hinaus, um die Lebenswege und die Sozialprofile der genannten Gruppe angemessen analysieren zu können. So sind etwa auch die Entnazifizierungsverfahren nach 1945 Teil der Untersuchung. Neben generalisierenden Überblicken und gruppenspezifischen Analysen sollen auch individuelle Fallstudien erarbeitet werden, die repräsentativ für die Stadtspitze stehen. Dabei sollen drei zentrale Untersuchungsperspektiven zur Geltung kommen: das Sozialprofil der Stadtspitze und Ratsherren, deren Netzwerke sowie ihr politisches Handeln. Zentrale Figuren sind unter anderem Oberbürgermeister Karl Fiehler, Bürgermeister Karl Tempel sowie der NSDAP-Fraktionsvorsitzende Christian Weber.

Eine Perspektive der Dissertation richtet sich auf das *soziographische Profil* der Stadtspitze und Ratsherren. Fragen, die sich hier stellen, sind: Welche sozialen Merkmale und welchen sozialen Status weist die Führungsspitze auf? Welchen Alterskohorten lassen sich die Akteure zurechnen? Wie wurden sie politisch sozialisiert? In welchen Gruppen, Organisationen, Netzwerken bewegten sie sich? Wie kamen sie zur NSDAP? In München hatte die NS-Bewegung ihre Anfänge, einige der späteren Ratsherren und auch der Oberbürgermeister selbst waren schon früh Mitglied der NSDAP und wiesen 1933 bereits eine langjährige aktive Parteitätigkeit auf. Als Besonderheit für die Münchner Führungsspitze muss die starke Präsenz „Alter Kämpfer“ gerade im Vergleich zu anderen Städten genauer untersucht werden.

Individuelle Merkmale wie Herkunft, Ausbildung, berufliche Wegmarken, wirtschaftliche Stellung, Religion, Parteimitgliedschaft und politische Ämter geben dabei Aufschluss über den Werdegang der Führungsspitze. Die Untersuchung gruppenbiographischer Charakteristika, etwa Faktoren der politischen und gesellschaftlichen Sozialisierung, lassen zudem weitergehende Aussagen über das Profil der Führungs-

spitze zu. Daran schließt sich auch der Blick auf die weiteren Lebenswege nach 1945 an. Die Entnazifizierungsverfahren, etwaige personelle Kontinuitäten in städtischen Positionen und erneute politische Betätigungen sind hier zu nennen.

Angesichts verschiedener Protagonisten auf der kommunalpolitischen Ebene (Gauleitung, NSDAP-Reichsleitung) wirft die Studie den Blick auf *Netzwerke/ Verflechtungen* und *Machtkonkurrenzen*. Stadtspitze und Ratsherren waren in der Stadt und über ihre Grenzen hinaus in verschiedene Netzwerke involviert, die ihre politischen Handlungsspielräume mitprägten. Wichtige Netzwerke, Verknüpfungen und Konkurrenzen lassen sich mit Blick auf folgende Instanzen und Beziehungen ermitteln:

- 1) das Ratsherrenkollegium. Eine zentrale Machtfigur war hier der NSDAP-Fraktionsvorsitzende Christian Weber. Bezeugt sind Konflikte zwischen ihm, seinen Anhängern innerhalb des Kollegiums und dem Oberbürgermeister. Darüber hinausgehend wird auch das Arbeitsklima zwischen den Ratsherren, dem Oberbürgermeister und den Dezernenten als Fachbeamten ein zentraler Untersuchungsbereich sein.
- 2) Ein weiteres Machtzentrum war die Gauleitung von München-Oberbayern, das bei politischen Entscheidungen öfters mit dem Oberbürgermeister bzw. der Stadtverwaltung in Konflikt geriet. Zu hinterfragen ist hier auch die Rolle von Ratsherren, die eher dem Gauleiter gegenüber loyal waren, wie etwa der Ratsherr Max Köglmaier, der zugleich als Stabsleiter des Gauleiters und bayerischen Innenministers Wagner fungierte.
- 3) Näher zu untersuchen ist auch das Verhältnis der Stadtverwaltung zur NSDAP-Reichsleitung bzw. zu Hitler selbst. Dieser hatte sich für die Stadt München das Amt des „Beauftragten der NSDAP“ gesichert, das im Zuge der Deutschen Gemeindeordnung von 1935 eingeführt wurde. Der Amtsinhaber wirkte maßgebend bei der Ernennung und Abberufung von Bürgermeistern, Ratsherren und Dezernenten mit. Hitler mischte sich energisch in die Bewerberauswahl für die Ratsherrenposten 1935 ein und benannte ihm genehme Kandidaten, so etwa die Ratsherren Leonhard Gall und Ferdinand Liebermann. Zudem verfügte er, dass „Alte Kämpfer“, die bereits ehrenamtliche Stadträte waren, erneut berufen wurden. Wie sich die Einflussmöglichkeiten Hitlers auf die städtische Politik und die Beziehungen zur Stadtverwaltung auswirkten, ist im Einzelnen zu analysieren.

- 4) Als überregionales Netzwerk ist der Deutsche Gemeindetag (DGT) wichtig: Oberbürgermeister Fiehler war als Präsident des DGT und Leiter des NSDAP-Hauptamtes für Kommunalpolitik mit Sitz in Berlin selbst Angelpunkt eines kommunalpolitischen Netzwerkes. Zu fragen ist hier, wie er diese Verbindungen für städtische und überregionale Belange nutzte.

Eine weitere Untersuchungsperspektive nimmt das *politische Handeln* der Münchner Führungsspitze, dessen Reichweite und Darstellung in den Blick. Welche Themenfelder konnten Stadträte und Dezernenten besetzen, wo traten sie engagiert auf und konnten eigene politische Zielvorstellungen entwickeln und durchsetzen? Wie inszenierten sie sich selbst und ihr politisches Handeln?

Hier bieten sich die Ratssitzungsprotokolle als hervorragende Quelle an, um die Entwicklung politischer Zielvorstellungen nachzuvollziehen und zu ermitteln, ob und welche Ratsherren sich exponierten. Auch die Frage, wie groß der Einfluss der Dezernenten war oder wo es Divergenzen zwischen den einzelnen Akteuren gab, gehört zu diesem Untersuchungsabschnitt. Während die ab 1935 im Amt befindlichen Ratsherren meistens nur geringe bis gar keine kommunalpolitische Erfahrung aufwiesen, war ein Großteil der Dezernenten schon vor 1933 in städtischen Diensten und hatte langjährige Erfahrung in den jeweiligen Ressorts. Das Aufeinandertreffen von Fachkompetenz und kommunalpolitischer Unerfahrenheit mitsamt seinem Konfliktpotential, seinen Kompetenzstreitigkeiten und den Auswirkungen auf die politische Agenda der Stadt steht dabei im Mittelpunkt.

Ein Teilthema widmet sich der Frage, wie die Stadtspitze sich selbst und ihr politisches Handeln inszenierte. Zu untersuchen ist hier beispielsweise die Durchführung von städtischen Feiern. Auch Selbstdarstellungen sind zu analysieren, wie die des NSDAP-Fraktionsvorsitzenden Christian Weber. Weber war u.a. Initiator des Deutschen Jagdmuseums und setzte sich als Pferderennsport-Magnat in Szene.

3.2 Die Stadt als Arbeitsplatz. Kommunale Personalpolitik in der „Hauptstadt der Bewegung“

Als die Nationalsozialisten im März 1933 die Macht in München übernahmen, arbeiteten annähernd 15.000 Menschen für die Stadt. Damit waren die Stadtverwaltung

und die kommunalen Betriebe zusammengenommen noch vor BMW der größte Arbeitgeber der Region. Männer und Frauen sicherten in unterschiedlichen Arbeitsverhältnissen – als Beamte, Angestellte oder Arbeiter – und in verschiedenen Tätigkeitsfeldern das Funktionieren der Stadt und setzten die Politik der Stadtführung alltäglich um.

Die neuere historische Forschung hat hervorgehoben, dass beim Versuch der Nationalsozialisten, die deutsche Gesellschaft in ihrem Sinne umzuformen, gerade die unteren Ebenen der Staatlichkeit, die Kommunalverwaltungen, eine zentrale Funktion inne hatten. Den neuen Machthabern in München, die die nationalsozialistische Herrschaft der Bevölkerung gegenüber legitimieren, absichern und die Stadt vor dem Hintergrund ihrer ideologischen Ziele neu ausrichten wollten, war deswegen bewusst, dass den Arbeitnehmern der „Hauptstadt der Bewegung“ eine wichtige Rolle zukam. Die städtische Personalpolitik zwischen 1933 und 1945 war ein bedeutendes Element nationalsozialistischer Herrschaft.

Das Forschungsprojekt von Jan Neubauer rückt dieses Thema in verschiedene Perspektiven. Zum einen werden die konkreten Maßnahmen der nationalsozialistischen Stadtführung in den Blick genommen. Dazu zählen neben Prämissen der Einstellungs- und Rekrutierungspolitik vielseitige Praktiken zur Mobilisierung und Kontrolle der städtischen Arbeitnehmerschaft. Zum anderen steht die Arbeitswelt der Beamten, Angestellten und Arbeiter der Stadt in einem alltags- und erfahrungsgeschichtlichen Fokus. Wie änderten sich Haltungen und Handlungen dieser Bediensteten durch die nationalsozialistische Herrschaft? Was bedeutete es konkret, für die nationalsozialistische Stadt München zu arbeiten? Und wie wirkten sich diese Erfahrungen wiederum auf das Handeln der städtischen Bediensteten und damit auf das Funktionieren der Stadt aus? Welchen Einfluss konnten die Arbeitnehmer auf ihre Arbeits- und Lebensumstände nehmen, und wie wurde dieser Einfluss ohne die verbotenen Arbeitnehmerorganisationen verhandelt?

Neben dem alltagsgeschichtlichen wird auch ein geschlechterspezifischer Blickwinkel eröffnet. Die neuere Forschung betont, dass trotz der antiemanzipatorischen NS-Ideologie Frauen in bestimmten Bereichen wie dem Wohlfahrtswesen durchaus erwerbstätig sein konnten. Angesichts der Vollbeschäftigung schufen die Nationalsozialisten ab 1936 sogar neue berufliche Einsatzmöglichkeiten für Frauen. Dieser Befund bedarf jedoch einer kritischen Differenzierung. Die Anstellung von Frauen nahm vor dem Hintergrund der Kriegsbemühungen zwar zu, doch in den meisten Tä-

tigkeitsbereichen war die Einbindung von Frauen in den Arbeitsmarkt nur provisorisch und nicht mit langfristigen Karriereperspektiven verbunden.

Die Grundlagen der Personalpolitik änderten sich im Übergang von der Weimarer Demokratie zur nationalsozialistischen Diktatur zum Teil fundamental, zum Teil nur graduell. Insbesondere die Anfangszeit der NS-Herrschaft in München war für einige Mitarbeiter der Stadt von Unsicherheit und Ungewissheit geprägt. Für andere städtische Arbeitnehmer verknüpfte sich die Machtübernahme der Nationalsozialisten weniger mit Sorgen als mit Hoffnungen auf neue Karriere- und Arbeitschancen. Der erste Untersuchungsbereich der Arbeit betrachtet *Karrieren*, die die NS-Führung in der Stadt zerstörte, akzeptierte oder neu eröffnete. Der Blick auf die Entlassungen der Anfangsphase muss dabei zeitlich allerdings erweitert werden, da für viele der 1933 Entlassenen dies nicht das Ende ihrer Tätigkeit für die Stadt bedeutete. Ein Teil von ihnen wurde in den folgenden Jahren wiedereingestellt, wenn auch nicht immer in gleicher Position und zu gleichen Bedingungen. Darüber hinaus wurden auch nach der scheinbaren Konsolidierung der Situation im Herbst 1933 weiterhin Personen aus ihrem städtischen Arbeitsplatz gedrängt. Diesen Befund wird Jan Neubauer im Hinblick auf mögliche Phasen der Entlassungspolitik und die Dienstgrade der Betroffenen präzisieren. Die Nationalsozialisten inszenierten sich zugleich als „Revolutionäre“ der als verkommen angesehenen Verhältnisse der Weimarer Republik und als Versöhner, die scheinbar politisch „Geläuterten“ in den Jahren nach 1933 die Rückkehr in Arbeit und eine Integration in den NS-Staat ermöglichten. Hier lassen sich Aufschlüsse über eine Herrschaftstechnik gewinnen, welche die Forschung als „repressive Inklusion“ bezeichnet hat. Ausgeschlossen davon blieben allerdings Personen, die aus rassistischen Motiven diskriminiert und verfolgt wurden.

Der Bearbeiter beachtet zudem die Koppelung von Parteizugehörigkeit und neuen Aufstiegschancen. Hier war die nationalsozialistische Stadtführung nicht nur selbst initiativ, sondern musste sich auch mit der Erwartungshaltung von „verdienten“ NSDAP-Parteigenossen auseinandersetzen, die vom nationalsozialistischen München eine Belohnung für ihr parteipolitisches Engagement in Form eines Arbeitsplatzes oder einer Beförderung erwarteten. Gleichzeitig war den Machthabern in der Stadt bewusst, dass nicht nur politische Zuverlässigkeit, sondern auch fachliche Qualifikation von Bedeutung waren, um den nationalsozialistischen Machtanspruch durchzusetzen und die städtischen Dienstleistungen aufrecht zu erhalten. Die Gewichtung

der beiden Kriterien veränderte sich von Fall zu Fall und bedurfte daher einer permanenten Neuverhandlung.

Die Mehrheit der städtischen Bediensteten gehörte weder zur Gruppe der Ausgeschlossenen noch zu der der Altparteigenossen, sondern suchte auf unterschiedliche Weise ein Verhältnis zum neuen Regime zu finden. Hierzu gehörten sowohl Anpassung und Opportunismus, verbunden etwa mit dem Parteieintritt, als auch die Bewahrung von eigensinnigen Verhaltensweisen und Überzeugungen, die sich nicht in jedem Fall mit den Interessen der NS-Machthaber in Einklang bringen ließen.

Ein zweiter Untersuchungsbereich befasst sich mit der *Ideologisierung und Organisation der städtischen Arbeitskräfte* durch weltanschauliche Schulungen und dem Versuch der Nationalsozialisten, den Arbeitsplatz mit NS-Symbolen, eigenen Ritualen und Alltagspraktiken zu durchdringen. Zu fragen ist hier, inwieweit die neuen Machthaber an bereits etablierte Traditionen und Selbstbilder der städtischen Arbeiter- und Beamtenschaft anknüpfen konnten und welche neuen Formen von Bekenntnis und Selbstverständnis des Arbeitens für die Stadt eingeübt werden sollten, um die städtische Belegschaft im Sinne des Regimes zu mobilisieren. Welche weiteren Angebote zur Selbstdeutung und Integration machten die nationalsozialistischen Kommunalherrscher in München ihren Arbeitern, Angestellten und Beamten? Denn auch die städtische Arbeitnehmerschaft sollte Teil der angestrebten „Volksgemeinschaft“ werden. Diese Entwicklungen gingen, das muss stets berücksichtigt werden, mit Zwangsmaßnahmen und dem systematischen Ausschluss von durch den NS-Staat als „gemeinschaftsfremd“ stigmatisierten Menschen einher.

Durch den Reichsbund der Deutschen Beamten, die Deutsche Arbeitsfront und den „Vertrauensrat“ der städtischen Arbeiterschaft versuchte der NS-Staat, die kommunale Arbeitnehmerschaft organisatorisch zu erfassen. Die Nationalsozialisten schufen damit neue Strukturen, durch die die kommunalen Bediensteten kontrolliert und mobilisiert werden konnten, in denen diese wiederum aber auch eigene Vorstellungen von ihren Arbeits- und Lebensbedingungen durchzusetzen versuchten.

Im Laufe der 1930er-Jahre wuchs der Bedarf an Arbeitskräften in der Münchner Stadtverwaltung weiter an. Insbesondere die Vollbeschäftigung im Deutschen Reich ab 1936 konfrontierte die Stadtspitze mit Problemen in der Nachwuchsrekrutierung. Hier ist zu fragen, welche Wege die Stadt München fand, um Anreize für Bewerber bzw. im Krieg vor allem für Bewerberinnen zu schaffen. Dabei musste sie sich mit der Tatsache auseinandersetzen, dass die Reichsregierung arbeitspolitisch die Rüs-

tungsindustrie bevorzugte und es in München zudem mit dem wachsenden NSDAP-Parteiapparat einen weiteren mächtigen Konkurrenten um Verwaltungsfachkräfte gab. Teil der „Nachwuchsarbeit“ war es, mit einer fundierten Ausbildung der eigenen Kräfte die Funktionsfähigkeit der Stadtverwaltung und Betriebe zu erhalten oder sogar auszubauen. Diese Entwicklungen müssen nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Kriegsvorbereitungen verstanden werden.

Der dritte Untersuchungsbereich, der sich mit den *Auswirkungen des Krieges* beschäftigt, setzt zeitlich deshalb vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs im September 1939 an. Vor allem junge männliche Dienstkräfte der Stadt wurden nach Kriegsbeginn zum Militärdienst eingezogen. Ihre Arbeitskraft musste die Stadt ersetzen oder durch „Uk-Stellungen“, sprich: den Vermerk der „Unabkömmlichkeit“, zu erhalten versuchen. Im Krieg griff sie verstärkt auf Frauen, Pensionäre, Jugendliche und im weiteren Verlauf auch auf Zwangsarbeiter zurück, um den Stadtbetrieb aufrecht zu erhalten. Gerade auf Letztere muss im entsprechenden Teilkapitel ein besonderer Schwerpunkt gelegt werden.

Nicht nur der Kampfeinsatz kommunaler Beamter und Arbeiter an den Fronten des Weltkrieges und die damit verbundene Personalknappheit, sondern auch der Einsatz an der „Heimatfront“ stellte die Stadtverwaltung und ihr Personal vor neue Herausforderungen. So waren einige städtische Bedienstete ehrenamtlich im Luftschutz tätig und mussten gleichzeitig ihren dienstlichen Verpflichtungen nachkommen, um die kommunalen Leistungen aufrechtzuerhalten. Von den Luftangriffen betroffene städtische Mitarbeiter mussten neue Unterkünfte finden, zerstörte oder durch den Luftkrieg bedrohte Verwaltungsstellen wurden teilweise ins Umland verlagert. Diese räumlichen Veränderungen und personalpolitische Maßnahmen der Stadtführung wie die stetige Erhöhung der Arbeitszeit hatten zum Teil massive Auswirkungen auf die Lebensverhältnisse der in städtischen Diensten stehenden Personen.

Die Forschungsarbeit nimmt ferner die Nachkriegszeit in den Blick, um in einem vierten Teil sowohl *Zäsuren* als auch *Kontinuitäten beim personellen Aufbau des demokratischen München* genauer fassen zu können. Hier werden sowohl personalpolitische Maßnahmen der US-amerikanischen Besatzungsmacht wie auch der neu eingesetzten Stadtführung behandelt. Im Spannungsfeld von Entnazifizierung, Rechtfertigung und Selbstlegitimation können wesentliche Elemente der Münchner Nachkriegsgesellschaft anhand des städtischen Personals genauer erfasst werden.

Nicht nur die amerikanische Besatzungsmacht und höhere staatliche Stellen des bayerischen Staates und der entstehenden Bundesrepublik, sondern auch städtische Akteure waren an der juristischen Verfolgung der Täter und der Entschädigung und Wiedergutmachung für die Opfer beteiligt. Der Betriebsrat der städtischen Wasserversorgung beispielsweise spielte eine aktive Rolle bei der Entnazifizierung und drängte auf eine Konfrontation kommunaler Beamter, Angestellten und Arbeiter mit ihrer individuellen Verantwortung am Unrecht des „Dritten Reiches“. Gleichzeitig sollten „Belastete“ in die demokratische Stadt eingebunden und integriert werden.

4. Präsentation und wissenschaftliche Vernetzung

Im Sommersemester 2015 boten Mathias Irlinger und Paul-Moritz Rabe gemeinsam mit Dr. Jürgen Finger vom Historischen Seminar der LMU anlässlich der Eröffnung des NS-Dokumentationszentrums am Königsplatz eine universitäre Lehrveranstaltung an. Thema war: *„Wie stellt man das „Dritte Reich“ aus? Das Beispiel München“*. Ziel des Kurses war nicht zuletzt, die aktuellen Forschungsergebnisse des „München-Projektes“ an die Studierenden zu vermitteln und, davon ausgehend, über Chancen und Probleme der musealen Präsentation der Geschichte der „Hauptstadt der Bewegung“ zu diskutieren.

Am 20. November 2015 präsentierten Projektleitung und Bearbeiterteam der ersten und zweiten Forschungsphase die bisherigen Ergebnisse im Auditorium des NS-Dokumentationszentrums einer breiten Öffentlichkeit. Unter dem Titel *„München im Nationalsozialismus. Kommunalverwaltung und Stadtgesellschaft“* betonte Margit Szöllösi-Janze in ihrem Einführungsvortrag den inhaltlich wie methodisch innovativen Charakter des Gesamtprojekts. Der weitere Programmablauf sah vier kurze Impulsreferate aus den einzelnen Teilstudien zu Wechselwirkungen zwischen nationalsozialistischer Kommunalverwaltung und Stadtgesellschaft vor. Paul-Moritz Rabe machte mit seinen Ausführungen zur Verabschiedung des Haushaltsplans 1934 als inszenierter Ordnung den Auftakt. Der Vortrag von Florian Wimmer wurde aufgrund seines plötzlichen Todes wenige Tage zuvor von Hans Günter Hockerts verlesen. Im Mittelpunkt standen dabei die zwei Seiten der „Volksgemeinschaft“ im Wohlfahrtswesen und somit die Gegenüberstellung der privilegierten Förderung bestimmter Gruppen wie der „Alten Kämpfer“ und dem repressiven Vorgehen gegenüber als

„asozial“ stigmatisierten Menschen. Annemone Christians fokussierte auf die Verfolgung kranker und behinderter Menschen. Sie zeigte die Mitwirkung des städtischen Gesundheitsamts an Zwangssterilisierungen und der gezielten Ermordung „erbkranker“ Kinder im Rahmen der „Euthanasie“. Mathias Irlinger sprach abschließend über die Aufrechterhaltung der städtischen Verkehrs- und Versorgungsinfrastrukturen im Zweiten Weltkrieg, die das NS-Regime bis in die letzten Kriegswochen stabilisierte. Zugleich nahm er das Vorgehen gegen die jüdische Bevölkerung und die Ausbeutung von Zwangsarbeitern bei den städtischen Werken in den Blick und zeigte so die Zusammenhänge zwischen inkludierenden Angeboten an die „Volksgemeinschaft“ und der Exklusionsdynamik im Krieg. Die knapp gehaltenen und pointiert vorgetragenen Impulsreferate ließen noch ausreichend Zeit für ein Podiumsgespräch. Die Auftaktfragen des Moderators Winfried Süß gaben Gelegenheit, einzelne Aspekte zu vertiefen und anschließend das Podium für zahlreiche Fragen aus dem Publikum zu öffnen.

Am 23./24. Juli 2016 vertrat Paul-Moritz Rabe das Projekt auf dem zweitägigen Abschluss-symposium des am Lehrstuhl für Theaterwissenschaften der LMU angesiedelten Forschungsprojekts „Münchner Staatsoper 1933-1963“ im Prinzregententheater. Auf Grundlage neuerer Forschungsperspektiven und Fragestellungen zur NS-Geschichte referierte er über Gemeinsamkeiten und Unterschiede beider Projekte. Eine Publikation des Vortrags ist im Rahmen eines von Jürgen Schläder herausgegebenen Sammelbandes geplant.

Mathias Irlinger präsentierte seine Forschungen zu den städtischen Infrastruktur- und Versorgungseinrichtungen in weiteren Vorträgen. Er referierte im April 2015 an der Universität Hannover im interdisziplinären Kolloquium „*Der NS, seine Ursachen und seine Nachwirkungen*“ und zwei Monate später im Rahmen einer Vortragsreihe am Institut für vergleichende Städtegeschichte in Münster. Irlinger nutzte seinen Aufenthalt ferner, um den Kontakt zum Team des Forschungsprojekts zur Münsteraner Stadtverwaltung im Nationalsozialismus herzustellen.⁵ Dessen Mitarbeiter, Anika Hartmann und Philipp Erdmann, stellten im Rahmen des Doktorandenforums von ProMoHist am 7. Januar 2016 ihre laufenden Forschungen vor. An der Veranstaltung nahmen auch die Bearbeiter der dritten Forschungsphase des München-Projektes teil, die damit den Staffelstab übernahmen. Sie werden den regen Austausch zwischen Münster und München fortsetzen. Hierzu gehörte bereits eine Ein-

⁵ Projektvorstellung: Die Stadtverwaltung Münster in der NS-Zeit <http://www.uni-muenster.de/Geschichte/histsem/NZ-G/L2/Forschen/Projekte/stadtverwaltung_muenster_im_ns.html>.

ladung des Münsteraner Projektes zum Workshop „*Verwaltung an der Schnittstelle von NS-Herrschaft und Bevölkerung – Kommunikation und Kooperation in lokalen Interaktionsräumen*“ vom 28. bis 29. Oktober 2016.

Wenige Wochen später, am 17. November 2016, präsentierte Jan Neubauer seinen aktuellen Forschungsstand und erste Ergebnisse des Projektes im Doktorandenseminar des strukturierten Promotionsprogramms ProMoHist der LMU. Einen besonderen Schwerpunkt legte er dabei auf die Organisation der städtischen Belegschaft durch die Deutsche Arbeitsfront (DAF) und den Reichsbund Deutscher Beamter (RDB). Astrid Bösl stellte ihre Studie am 7. Dezember 2016 im Oberseminar des Lehrstuhls für Zeitgeschichte einer ersten universitätsöffentlichen Diskussion.

Neben einer regen Vortragstätigkeit publizierten die Projektmitarbeiter im Berichtszeitraum zu ihren Forschungsschwerpunkten. Im Mai 2016 erschien ein Aufsatz von Mathias Irlinger zu Umwandlungen urbaner Räume durch Infrastrukturen im 19. und 20. Jahrhundert am Beispiel des Münchner Karlsplatzes im interdisziplinären Sammelband „*Urbane Infrastrukturlandschaften in Transformation. Städte – Orte – Räume*“.⁶ Der Beitrag, der schwerpunktmäßig die Zeit des „Dritten Reiches“ behandelt, geht auf einen Vortrag zurück, den der Bearbeiter im Mai 2014 im Rahmen einer Vorlesungsreihe an der TU Darmstadt gehalten hatte. Astrid Bösl beteiligte sich am wissenschaftlichen Diskurs zu Netzwerken im Nationalsozialismus und verfasste eine Rezension zum einschlägigen Sammelband „*Wegbereiter des Nationalsozialismus. Personen, Organisationen und Netzwerke der extremen Rechten zwischen 1918 und 1933*“, die im Oktober 2016 beim Online-Rezensionsjournal „*sehpunkte*“ erschien.⁷ Vom 20. bis 22. Oktober 2016 besuchte Jan Neubauer die Konferenz „*Wie bürgerlich war der Nationalsozialismus?*“ des Jena Center für Geschichte des 20. Jahrhunderts und veröffentlichte anschließend einen Tagungsbericht im geisteswissenschaftlichen Fachportal H-Soz-Kult.⁸ Insbesondere die Fragen nach der Verbindung von „bürgerlichem Selbstverständnis“ und der Beteiligung am Nationalsozialismus boten mit Blick auf die kommunale Beamtenschaft der „Hauptstadt der Bewegung“ weiterführende Erkenntnismöglichkeiten.

⁶ Mathias Irlinger: München: Infrastrukturen im urbanen Raum im 19. und 20. Jahrhundert, in: Antje Matern (Hg.): *Urbane Infrastrukturlandschaften in Transformation. Städte – Orte – Räume*, Bielefeld: transcript 2016, S. 40–61.

⁷ Astrid Bösl: Rezension von: Daniel Schmidt/Michael Sturm/Massimiliano Livi (Hg.): *Wegbereiter des Nationalsozialismus. Personen, Organisationen und Netzwerke der extremen Rechten zwischen 1918 und 1933*, Essen: Klartext 2015, in: *sehpunkte* 16 (2016), Nr. 10 [15.10.2016], URL: <http://www.sehpunkte.de/2016/10/28312.html>.

⁸ Jan Neubauer: Tagungsbericht: *Wie bürgerlich war der Nationalsozialismus?*, 20.10.2016 – 22.10.2016 Jena, in: H-Soz-Kult, 09.12.2016, URL: <www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-6871>.